

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag/Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

VOLKSBLATT-Kommentar: Wahrgenommene und verpasste Chance

In ihrer Stellungnahme zur «Friedenspetition» nimmt die Regierung die Gelegenheit wahr, um in breiter Form über ihre aussenpolitischen Aktivitäten zu berichten. Der heutige Regierungschef und Aussenminister nutzt verständlicher- und legalerweise die Chance, die Leistungen der heutigen Regierung und damit seine eigenen in ein günstiges Licht zu stellen. Sowohl in bezug auf den Europarat und die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) wie hinsichtlich der noch enger gewordenen Beziehungen zu unseren unmittelbaren Nachbarländern fällt im Regierungsbericht auf, dass diese aussenpolitischen Taten angeblich und ausdrücklich «während den letzten Jahren» und «in den letzten Jahren» gesetzt worden sind. Hier stellt sich die Frage, ob der Regierungschef zwar die eine, eingangs erwähnte Chance gewahrt, dafür aber nicht eine andere verpasst hat. Die Möglichkeit nämlich, für einmal auch die Leistungen seiner Amtsvorgänger zu würdigen. Ob sie nun Alexander Frick, Gerard Batliner, Alfred Hilbe oder Walter Kieber heissen. Sie alle haben an unserer Aussenpolitik gearbeitet, die einen mehr im bilateralen Bereich, die anderen indem sie in den multinationalen vorstiegen.

Und nach Gerard Batliner hat jeder vom anderen ein bisschen Erfolg mitgeerbt. Alfred Hilbe führte die Bemühungen Gerard Batliners im Bereich des Europarates und der KSZE weiter. Walter Kieber war es dann, der 1975 den KSZE-Vorsitz am Helsinki-Gipfel innehatte. Walter Kieber trieb die Hinwendung zum Europarat erfolgreich weiter. Durch den Amtswechsel war es dann Hans Brunhart, der die Beitrittskandidatur in Strassburg unterzeichnen konnte. Walter Kieber brachte den neuen PTT-Besorgungsvertrag mit der Schweiz und den Währungsvertrag unter Dach. Er bereitete das Terrain für die qualitative Verbesserung unserer bilateralen Beziehungen zu Österreich vor, die nun von Hans Brunhart weitergepflegt werden.

Wenn man unsere Aussenpolitik, wie sie sich heute präsentiert, als erfolgreich bezeichnen kann, so gilt hier uneingeschränkt, dass dies der Erfolg unserer Politik wirklich viele Väter hat. Und was die Zeitspannen angeht, in denen diese und jene wichtige Entscheidung gefallen ist, so lässt sie sich problemlos in Jahreszahlen ausdrücken, anstatt in unverbindlichen Begriffen wie «während der letzten Jahre» und «in den letzten Jahren».

W. B. WOHLWEND

Frauen in Steuerkommission

Nachwahlen in der Gemeinde Planken

Am letzten Sonntag wählten die Plankner Stimmberechtigten im Rahmen einer erforderlichen Nachwahl Monika Nutt als Mitglied in die Steuerkommission Planken. Als Ersatzmitglieder wurden gewählt: Hanspeter Walch und Irene Gantner. Von den insgesamt 132 Stimmberechtigten gingen 97 an die Urne, wobei 95 gültige Stimmzettel ausgezählt werden konnten. Die Zuwahl in die Steuerkommission musste durchgeführt werden, da das Steuerkommissions-Mitglied Josef Nägele im vergangenen Jahr verstorben ist und die Kommission daher nur noch mit den Mitgliedern Eduard Hilti und Walter Beck besetzt war. Wir gratulieren den neu gewählten Kommissionsmitgliedern, insbesondere den beiden Frauen Monika Nutt und Irene Gantner zu ihrer Wahl.

Grundsätze der liechtensteinischen Aussenpolitik

Stellungnahme der Regierung im Rahmen der Beantwortung einer «Friedenspetition» zu Händen des Landtages

In der Landtagssitzung vom 9. Juni 1983 stellte sich der Abgeordnete Dr. Dieter Walch (FBP) hinter eine Petition, die von verschiedenen Mitbürgern unterzeichnet war und die Regierung auffordert, ihren Anteil an einer aktiven Friedenspolitik zu leisten und Stellung zu diesem Anliegen zu beziehen. Die Regierung nahm nun die Beantwortung der Petition u.a. auch zum Anlass, die Grundsätze der liechtensteinischen Aussenpolitik in einem Bericht an den Landtag darzulegen.

Lesen Sie nachstehend Auszüge aus diesem Regierungsbericht. Gleichzeitig verweisen wir auf unseren Kurzkommunikat zum gleichen Thema.

«Oberstes Ziel liechtensteinischer Aussenpolitik muss die Erhaltung der Souveränität des Staates Liechtenstein bleiben. Mit Souveränitätsverlusten einher gehen sowohl ein Verlust an Selbstständigkeit in der Aussenpolitik wie auch eine Einbusse eines entsprechenden Aktionsspielraums.

Souveränität kann aber nicht isoliert - absolutes Ziel sein, wenn innen- wie aus-

senpolitische Notwendigkeiten eine, wenn auch nicht definitive, Abgabe von Souveränitätsrechten und das Eingehen bestimmter Abhängigkeiten erfordern. Der Ruf nach Eigenstaatlichkeit verlangt auch eigene und besondere Lösungen mit den damit verbundenen, manchmal auch materiellen, Opfern.

Ausgehend vom Begriff des demokratischen Rechtsstaates, wie er in der Verfassung Liechtensteins verankert ist, gilt es als selbstverständlich, dass sich Liechtenstein in seiner Aussenpolitik einsetzt für eine Stärkung der Freiheit, der Sicherheit, der friedlichen Zusammenarbeit und der Freundschaft unter Staaten und Bürgern, und dass alle Massnahmen unterstützungswürdig sind, durch welche geordnete und auf Vertrauen beruhende Verhältnisse im zwischenstaatlichen Bereich erreicht und erhalten werden können.

Neutralität als Grundlage

Die aussenpolitische Haltung Liechtensteins, das von den beiden dauernd neutralen Staaten Österreich und Schweiz

umgeben ist, wird in entscheidendem Masse vom Gedanken der Neutralität bestimmt.

Liechtenstein, inmitten Europas gelegen, wurde über Jahrhunderte von der Geschichte Europas geprägt. Es wird auch in Zukunft das Schicksal dieses Kontinents teilen.

Europarat und KSZE

Wenn während den letzten Jahren in der Gestaltung der liechtensteinischen Aussenpolitik ein verstärkter Akzent auf multilaterale Aktivitäten gesetzt wurde, so gilt dies insbesondere für den Bereich der europäischen Zusammenarbeit. Die Mitarbeit im Europarat und eine sinnvolle Beteiligung an den von ihm geschaffenen Rechtsinstrumenten sowie eine weiterhin intensive Verfolgung der weiteren Entwicklung im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) stehen dabei im Vordergrund.

Die Aussenpolitik des Kleinstaates Liechtenstein geht seit jeher auch vom Grundsatz aus, dass friedliche Beziehun-

gen mit allen Staaten die beste Garantie für die Wahrnehmung der eigenen souveränitäts- und sicherheitspolitischen Interessen darstellen. Für ein kleines Land, das kein Militär unterhält, gilt dieser Grundsatz in besonderer Masse, da in einem allfälligen Ernstfall konkrete Verteidigungsmöglichkeiten nicht gegeben wären.

Vor diesem Hintergrund war und ist es eine Konstante der liechtensteinischen Aussenpolitik, den Entwicklungen des Völkerrechts im Bereich der internationalen Friedenssicherung und im Bereich der Verhinderung bewaffneter Konflikte besonderes Augenmerk zu schenken und die Mitgliedschaft bei internationalen Organisationen, die der gleichen Zielsetzung verpflichtet sind, anzustreben.

Fortsetzung auf Seite 2

Frauen über Schulfragen

FBP-Diskussionsabende in unseren Gemeinden

Die Versammlung der FBP Frauengruppen in Triesenberg und in Balzers haben deutlich gezeigt, dass das Interesse der Frauen und Mütter sehr gross ist, wenn es sich um Fragen dreht, die sie besonders ansprechen, wie in diesem Fall Fragen der Schule und des Bildungswesens. Auch hat sich gezeigt, wie engagiert und kompetent unsere Frauen an die Sache herantreten und ihren Standpunkt zu Einzelthemen vortragen. Die Diskussionen unserer Frauen um die Schule in Liechtenstein, welche sich in einer Standortbestimmung und Neuorientierung befindet, sind wichtige Beiträge, die in das Gesamtkonzept einfließen. Die FBP-Frauengruppen erörtern auf der Basis der vom Schulamt herausgegebenen Schrift «Schule wohin?» zusammen mit Fachexperten in folgenden Gemeinden weiter:

FBP Mauren

Mittwoch, 4. April um 20.15 Uhr im Gasthof «Freihof», Mauren

FBP Vaduz

Donnerstag, 5. April, 20 Uhr, im Hotel «Löwen», Vaduz, und eine zweite Veranstaltung am Dienstag, den 10. April nachmittags um 2 Uhr im Hotel «Löwen», Vaduz.

Die Frauen der FBP-Ortsgruppe Triesen diskutieren über das Thema «Schule wohin?» in der Woche nach Ostern. Der genaue Termin dieser Veranstaltung wird in den nächsten Tagen an dieser Stelle bekanntgegeben.

Wie christlich sind unsere Schulen?

Lebhafte Informationsversammlung der Frauen-FBP Balzers

(gs) - Im Hotel «Riet» in Balzers fand eine interessante und lebhaft diskutierte Diskussion der Balzner Frauen zum Thema «Schule wohin?» statt. An die vierzig Frauen unter die sich auch einige Männer gewagt hatten, diskutierten engagiert um Schulprobleme und Erziehungsfragen. Rösle Eberle konnte Schulleiter Dr. Josef Wolf und die Lehrer Johann Vogt und Arthur Vogt, sowie das Mitglied des Landeschulrates Baptist Büchel als Fachleute begrüssen.

Dr. Josef Wolf führte zuerst in die Problematik und die Fragen, die in der Broschüre «Schule wohin?» angeschnitten werden, ein. Sehr offen und engagiert wurde dann um Übertrittsfragen, die christlichen Werte, die verschiedenen «Züge» in den Schulen aber auch allgemein die hohen Forderungen an die Schüler von heute diskutiert. Unter der Gesprächsleitung von Ressortsekretär Dr. Herbert Wille entwickelte sich eine informative und für alle Anwesenden interessante Diskussion um wichtige Schulprobleme.

Am Beispiel der Hilfsschulen wurde aufgezeigt, dass die Schule eigentlich für den Schüler da sein sollte und nicht umgekehrt. Der Leistungsdruck verschiedener Klassenziele, der vor allem auf den Übertritt in nächsthöhere Schulen hinzielt, sollte dabei nicht auf Kosten der Persönlichkeits- und Charakterbildung gehen. Die Beibehaltung von Leistungszügen wurde aber bejaht, damit jene, die sich in bestimmten Fächern leichter tun, auch besser und individueller gefördert werden können. Widersprüchliche Meinungen gab es zum Thema Fremdsprachen, während man auf der einen Seite nach ausländischem Muster Fremdsprachen bereits in Volksschulklassen vermittelt haben wollte, wurde andererseits darauf hingewiesen, dass man bei uns immer, das heisst im In- und Ausland bestrebt sei, sich beim anderen verständlich zu machen. Andere Nationen würden sich auf ihre Sprache berufen und das Problem der Verständigung auf den Gesprächspartner verlagern. In einer Welt, die sich geografisch immer näher rückt kann es jedoch kaum falsch sein, wenn man versucht, den Nachbarn zu verstehen.

Schule wohin bei Religion?

Ein echtes Manko besteht, so ging aus der Diskussion ganz klar hervor, in der Erziehung zu christlichem Leben und in der Erteilung des Religionsunterrichtes. Als klar zu wenig, wurden Beispiele wo statt der Religionsstunde die Schulmesse gefeiert wird, bezeichnet. Wiederholt

klare Aussagen gegen die Sonntagspflicht, Lager ohne Gottesdienstmöglichkeit an katholischen Feiertagen, fehlendes Schulgebet schon in den unteren Klassen und mangelndes Vorleben (auch vom Elternhaus) wurde als Grund für das schwindende Verständnis der Schüler für Religion und christliches Leben genannt. Das Fehlen von geeigneten Kräften kann wohl kaum als Entschuldigung gelten. Wenn ein klares Bedürfnis der Eltern besteht, wie es an diesem Abend mehrfach artikuliert wurde, darf dieses wichtige Anliegen nicht an finanziellen und personellen Fragen scheitern. Ganz nebensächlich wird dann die Frage nach den Randstunden, wenn die Möglichkeit zum Religionsunterricht wieder für alle geschaffen wird. Beispiele, dass an Oberschulen Religionsunterricht gewissermas-

sen als Freifach gegeben wird und den Schülern dabei der Entscheid entweder eine zusätzliche Freistunde oder Religionsunterricht überlassen wird, müssen baldmöglichst korrigiert werden.

Wie immer bei solchen Themen war die Zeit zu kurz, um das Problem «Schule wohin?» erschöpfend zu behandeln. Um 23 Uhr musste Diskussionsleiter Dr. Herbert Wille die Versammlung schliessen. Die Diskussionen in Gruppen und Grüppchen ging aber noch ebenso engagiert weiter. Das Beispiel in Balzers hat aufgezeigt, dass sich Frauen sehr wohl für Fragen der Bildung, Schule und Religion interessieren und einige auch der Einladung am kommenden Donnerstag in das Hotel «Löwen» in Vaduz Folge leisten wollen. Dort gibt es Gelegenheit, diese Fragen aufzuarbeiten und zu vertiefen.

Schneewittchen und die sieben Zwerge

Heute letzte Theateraufführung in der Heilpädagogischen Tagesstätte, Schaan



Nach längerer harter Arbeit, die allerdings den Kindern und Jugendlichen viel Spass bereitete, fand am Sonntag, den 1. April die Premiere des Theaterstückes «S'Schneewittli und die siba Zwärgli» in der Heilpädagogischen Tagesstätte in Schaan statt. Es war wirklich eine Freude, den herzerfrischenden Darbietungen zuzuschauen. Es wurde gesungen, musiziert, gespielt und getanzt zur Freude der vielen Zuschauer. Heute Mittwoch, den 4. April um 16 Uhr findet die letzte Aufführung statt. Lehrer und Schüler hoffen natürlich, dass auch zu dieser letzten Theateraufführung der Kinder möglichst viele Besucher nach Schaan kommen. In Verbindung mit dem Theater besteht auch die Möglichkeit, diverse Bastel- und Werkarbeiten in Form einer Ausstellung zu besichtigen. Unsere Aufnahme zeigt die Schüler in voller Aktion.

(Bild: Eddy Risch)

Putsch in Guinea

Nur eine Woche nach dem Tod des langjährigen Staatspräsidenten Achmed Sekou-Toure hat in Guinea am Dienstag die Armee gegen die Zivilregierung geputscht. In einem über Radio Conakry verbreiteten und in Dakar empfangenen Kommuniqué hiess es, die Streitkräfte hätten die Macht in dem westafrikanischen Staat übernommen. Nach Sekou-Toures Tod hatte Ministerpräsident Louis Lansana Beauvogui als amtierender Staatsschef dessen Funktionen übernommen.

Die einzige zugelassene Partei des Landes, die bisher regierende Demokratische Partei von Guinea sowie alle Massenorganisationen wurden mit einem Tätigkeitsverbot belegt, die Verfassung ausser Kraft gesetzt und die Nationalversammlung beurlaubt. Die Grenzen und Flughäfen wurden geschlossen und ein nächtliches Ausgangsverbot verhängt. Die Militärbefehlshaber der 33 Bezirke des Landes wurden mit deren Verwaltung beauftragt. (Vergl. «Letzte Seite»)